

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Halle (Saale)

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis	Anlage
Bilanz BMA zum 31. Dezember 2012	1
Gewinn- und Verlustrechnung BMA vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012	2
Anhang Wirtschaftsjahr 2012	3
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012	4
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	5
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	6

Bilanz BMA zum 31. Dezember 2012

Aktiva	Anhang	Stand zum 31.12.2012 EUR	Stand zum 31.12.2011 EUR	Passiva	Anhang	Stand zum 31.12.2012 EUR	Stand zum 31.12.2011 EUR
A. Anlagevermögen	(2)			A. Eigenkapital	(6)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital		10.000,00	10.000,00
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		559,00	2.646,00	II. Gewinnrücklage			
				andere Gewinnrücklage		2.634,00	2.634,00
II. Sachanlagen				III. Gewinn			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		48.064,00	59.581,00	Gewinnvortrag		52.235,93	52.235,93
2. Geleistete Anzahlungen		<u>1.289,96</u>	<u>7.365,04</u>	Jahresgewinn		<u>54.549,73</u>	<u>137.143,16</u>
		<u>49.353,96</u>	<u>66.946,04</u>			<u>106.785,66</u>	<u>189.379,09</u>
III. Wertpapiere						<u>119.419,66</u>	<u>202.013,09</u>
Wertpapiere des Anlagevermögens		94.185,00	89.959,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	(7)	49.912,96	69.592,04
		<u>144.097,96</u>	<u>159.551,04</u>	C. Rückstellungen	(8)		
B. Umlaufvermögen				1. Rückstellung für Pensionen		94.185,00	89.959,00
I. Sonstige Vermögensgegenstände	(3)	0,00	27,79	2. Sonstige Rückstellungen		<u>100.559,00</u>	<u>93.370,00</u>
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	(4)	<u>251.995,23</u>	<u>328.189,17</u>			<u>194.744,00</u>	<u>183.329,00</u>
		<u>251.995,23</u>	<u>328.216,96</u>	D. Verbindlichkeiten	(9)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	5.203,91	4.306,83	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		6.227,28	4.790,68
				2. Verbindlichkeiten gegenüber der Gewährsträgerin		20.371,54	20.371,54
				3. Sonstige Verbindlichkeiten		10.621,66	11.978,48
				davon aus Steuern: 9.692,68 EUR			
				(Vorjahr: 11.978,48 EUR)			
				davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 928,98 EUR			
				(Vorjahr: 0,00 EUR)			
						<u>37.220,48</u>	<u>37.140,70</u>
		<u>401.297,10</u>	<u>492.074,83</u>			<u>401.297,10</u>	<u>492.074,83</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung BMA
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Anhang	WJ 2012 EUR	WJ 2011 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	(10)	849.279,71	974.450,82
2. Personalaufwand	(11)		
a) Löhne und Gehälter	519.448,37		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	<u>104.812,28</u>	624.260,65	619.150,19
davon für Altersversorgung EUR: 25.242,87 (Vorjahr: EUR 24.345,87)			
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			
davon außerplanmäßig EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 9.672,46)	(12)	26.696,13	37.042,04
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(13)	140.614,39	131.931,35
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(14)	1.456,19	1.830,92
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(15)	<u>4.615,00</u>	<u>4.469,00</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>54.549,73</u>	<u>183.689,16</u>
8. Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen	(16)	<u>0,00</u>	<u>46.546,00</u>
9. Jahresgewinn		<u><u>54.549,73</u></u>	<u><u>137.143,16</u></u>

ANHANG

WIRTSCHAFTSJAHR 2012

Der Abschluss der BMA für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2012 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Größenabhängige Erleichterungen werden nicht in Anspruch genommen.

Das Gliederungsschema der Bilanz nach § 266 Abs. 3 HGB wurde um einen speziellen Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen erweitert. Darüber hinaus werden Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Halle (Saale) als Verbindlichkeiten gegenüber der Gewährsträgerin ausgewiesen.

Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung im Sinne von § 275 Abs. 2 HGB wurde im Vorjahr um einen speziellen Posten erweitert: eine Vorab-Ausschüttung an die Gewährsträgerin Stadt Halle (Saale) wird unter einem gesonderten Posten, Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen, ausgewiesen.

Darüber hinaus wurden teilweise die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung gem. § 265 Abs. 6 HGB an ihren tatsächlichen Inhalt angepasst.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Bilanzierung und Bewertung werden im Einzelnen nach folgenden Grundsätzen vorgenommen:

AKTIVA

Anlagevermögen

Die entgeltlich erworbenen **Immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear entsprechend ihrer voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben.

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen. Die Sachanlagen werden grundsätzlich unter Anwendung der erwarteten, betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Ausnahmsweise werden betriebsspezifische Besonderheiten beachtet.

Die geleisteten Anzahlungen wurden zum Nennwert bilanziert.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Umlaufvermögen

Sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt; erkennbare Ausfallrisiken wurden durch angemessene Einzelwertberichtigungen berücksichtigt.

Der **Kassenbestand** und das **Guthaben bei Kreditinstituten** werden zum Nennwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, werden ratierlich abgegrenzt.

PASSIVA

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen** weist Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) für Investitionsvorhaben der BMA aus. Planmäßig wird der Sonderposten in den Folgejahren in Höhe der auf die angeschafften oder hergestellten Vermögensgegenstände anfallenden Abschreibungen ertragswirksam aufgelöst, so dass der Wertverzehr insofern ergebnisneutral dargestellt wird.

Rückstellungen

Die Rückstellung für Pensionen wird auf Basis eines finanzmathematischen Gutachtens gemäß § 253 Abs. 1 und 2 HGB zum Erfüllungsbetrag bewertet, wobei ein derzeit marktgerechter Zinssatz von 5,06 % sowie die Berücksichtigung eines Rententrends in Höhe von 2,0 % zugrunde gelegt wird.

Sonstige Rückstellungen werden für alle erkennbaren Risiken in dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag gebildet. Gemäß § 253 Abs. 1 und 2 HGB enthalten Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr zu erwartende Kostensteigerungen und wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Marktzinssatz abgezinst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Erläuterungen zur Bilanz

(2) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im beigefügten Anlagenspiegel dargestellt.

(3) Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wird im Vorjahr eine Forderung aus zu viel geleisteten Betriebskostenvorauszahlungen für die Büroräume für das Abrechnungsjahr 2010 ausgewiesen.

(4) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Der Kassenbestand betrifft die Handkasse.

Das Guthaben bei Kreditinstituten besteht aus dem Haben-Saldo des Girokontos bei der Saalesparkasse.

(5) Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten werden im Wesentlichen im Voraus bezahlte Wartungsgebühren für eingesetzte Software sowie Versicherungsprämien ausgewiesen.

(6) Eigenkapital

Das satzungsgemäße Stammkapital in einer Höhe von 10.000,00 EURO ist am 02. Dezember 2004 auf das Bankkonto der BMA eingezahlt worden.

Die Einstellung in die Gewinnrücklage im Jahr 2010 resultiert aus der Anpassung der Rückstellung für Umzugs- und Renovierungskosten nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zum 01.01.2010. Der aus der Abzinsung resultierende Betrag in Höhe von 2.634,00 € wurde gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 und 3 EGHGB erfolgsneutral in die andere Gewinnrücklage eingestellt.

Zum 01.01.2012 betrug das Eigenkapital 202.013,09 €. Der Gewinn des Jahres 2011 in Höhe von 137.143,16 € wurde im März 2012 vollständig an die Gewährsträgerin zurückgezahlt. Zum 31.12.2012 beläuft sich das Eigenkapital unter Berücksichtigung des Jahresgewinns 2012 in Höhe von 54.549,73 € auf 119.419,66 €, wobei das Stammkapital, die andere Gewinnrücklage sowie der Gewinnvortrag gegenüber dem Vorjahr unverändert sind.

(7) Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert, da die abschreibungsbedingte Auflösung des Sonderpostens die Zuführung zu den Investitionszuschüssen übersteigt. Die Entwicklung stellt sich im Wirtschaftsjahr wie folgt dar:

Entwicklung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

		in EURO								
Anlagen-Nr.	Bezeichnung	Kumulierte Zugänge zum AV zum 31.12.2012	Finanzierung aus Sonderposten	Buchwert zum 01.01.2012	Zugänge 2012	Abgänge 2012	Umbuchungen 2012	Ab-schreibungen 2012	Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	Buchwert zum 31.12.2012
0130	Ähnliche Rechte und Werte	(1.914,00)	1.914,00	604,00	0,00	0,00	0,00	191,00	191,00	413,00
0135	EDV-Software	(9.085,51)	9.085,51	1.656,00	0,00	0,00	0,00	1.656,00	1.656,00	0,00
0140	Lizenzen an gewerblichen Schutzrechten	(104.858,07)	104.858,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0145	Sammelposten Immaterielle Vermögensgegenstände	(1.123,10)	1.123,10	386,00	0,00	0,00	0,00	240,00	240,00	146,00
0170	Geleistete Anzahlungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände	(9.672,46)	9.672,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0520	PKW	(10.892,90)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0650	Büroeinrichtung	(75.851,91)	75.851,91	24.382,00	0,00	0,00	0,00	7.535,00	7.535,00	16.847,00
0670	GWG	(4.822,33)	3.860,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0675	Sammelposten Sachanlagen	(7.186,62)	7.186,62	3.090,00	0,00	0,00	0,00	1.432,00	1.432,00	1.658,00
0680	Einbauten in fremde Grundstücke	(40.258,68)	32.983,83	4.853,00	0,00	0,00	0,00	1.274,00	1.274,00	3.579,00
0690	Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	(137.024,63)	137.024,63	27.256,00	8.708,09	2.981,00	7.365,04	14.368,13	14.368,13	25.980,00
0795	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	(1.289,96)	1.289,96	7.365,04	1.289,96	0,00	-7.365,04	0,00	0,00	1.289,96
0900	Wertpapiere des Anlagevermögens	(94.185,00)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		(498.165,17)	384.851,07	69.592,04	9.998,05	2.981,00	0,00	26.696,13	26.696,13	49.912,96

Zusammenfassung:

	in EURO				
	Buchwert zum 01.01.2012	Zugänge 2012	Abgänge 2012	Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	Buchwert zum 31.12.2012
Sonderposten für Investitionszuschüsse	69.592,04	9.998,05	2.981,00	26.696,13	49.912,96

(8) Rückstellungen

Die Rückstellung für Pensionen bildet die Verpflichtung aus der Altersversorgungszusage gegenüber dem ausgeschiedenen Vorstand ab.

Im Übrigen haben sich die sonstigen Rückstellungen wie folgt entwickelt:

Art der Rückstellung	in EURO				
	01.01.2012	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.12.2012
Pensionsrückstellung	89.959,00	0,00	0,00	4.226,00	94.185,00
Sonstige Rückstellungen					
Personalkosten	58.773,00	50.158,17	1.114,83	52.083,00	59.583,00
Resturlaubsansprüche	13.532,00	0,00	0,00	1.912,00	15.444,00
Rückstellungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten	4.213,00	4.203,00	10,00	4.635,00	4.635,00
Übrige	16.852,00	2.283,25	458,75	6.787,00	20.897,00
	93.370,00	56.644,42	1.583,58	65.417,00	100.559,00
	183.329,00	56.644,42	1.583,58	69.643,00	194.744,00

Unter der Position „Übrige“ werden im Wesentlichen zu erwartende Renovierungs- und Umzugskosten nach Ablauf des Mietvertrages über die Büroräume (18 TEUR) sowie ausstehende Eingangsrechnungen ausgewiesen.

(9) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich unter Beachtung der Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Art der Verbindlichkeit	in EURO				
	Gesamt- betrag 31.12.2011	Gesamt- betrag 31.12.2012	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.790,68	6.227,28	6.227,28	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Gewährsträgerin	20.371,54	20.371,54	20.371,54	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	11.978,48	10.621,66	10.621,66	0,00	0,00
	37.140,70	37.220,48	37.220,48	0,00	0,00

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber der Gewährsträgerin wird eine projektbezogene Kostenerstattung für den Verkauf einer städtischen Beteiligung bis zur vollständigen Erbringung der beauftragten Leistung ausgewiesen.

Die Erstattung wird zum Zeitpunkt des Anfalls ertragswirksam vereinnahmt. Nicht verwendete Finanzmittel werden nach Abschluss des Projektes erfolgsneutral an den städtischen Haushalt zurückgezahlt.

Es wurden keine Verbindlichkeiten durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden folgende Positionen ausgewiesen:

	WJ 2012 EURO	WJ 2011 EURO
	<hr/>	<hr/>
Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale)	821.000,00	935.000,00
Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	26.696,13	37.042,04
Auflösung Rückstellungen	1.583,58	2.395,78
sonstige betriebliche Erträge	0,00	13,00
	<hr/>	<hr/>
	<u>849.279,71</u>	<u>974.450,82</u>

(11) Personalaufwand

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	WJ 2012 EURO	WJ 2011 EURO
Löhne und Gehälter	519.448,37	514.049,97
Soziale Abgaben	79.569,41	80.754,35
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	25.242,87	24.345,87
	<u>624.260,65</u>	<u>619.150,19</u>

Für das Wirtschaftsjahr 2012 besteht ein Anspruch auf erfolgsabhängige Vergütung nach dem Prinzip der Balanced Score Card.

(12) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Vorjahr in Höhe von 9.672,46 EURO auf eine Anzahlung für immaterielle Vermögensgegenstände vorgenommen. Sie sind durch die spiegelbildliche Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse letztlich erfolgsneutral.

Zur Zusammensetzung der Abschreibungen des laufenden Jahres wird auf den beigefügten Anlagenspiegel verwiesen.

(13) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	WJ 2012 EURO	WJ 2011 EURO
Betriebs- und Raumkosten	38.907,70	37.935,46
Miete für IT- und Kopiertechnik	20.994,41	21.297,32
Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse	9.998,05	0,00
Fortbildungskosten/ Netzwerkpflege	9.611,70	12.597,45
Wartungskosten Software	8.887,17	9.513,38
Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher	8.545,65	6.965,07
Telefon	8.005,93	7.153,38
Verwaltungsratsvergütung	7.590,00	8.130,00
Broschüre „Kurzform Beteiligungsbericht“	7.138,81	5.759,60
Abschluss- und Prüfungskosten	4.938,22	4.153,00
Geschenke, Bewirtungen, Corporate Design	3.514,77	4.065,95
Reisekosten	2.904,88	1.779,99
Übertrag	131.037,29	119.350,60

Übertrag	131.037,29	119.350,60
Personalabrechnung	2.878,17	2.596,73
Versicherungen, Beiträge, sonstige Abgaben	2.846,04	3.077,36
Porto	1.295,83	1.023,61
Sonstiger Betriebsbedarf, Werkzeuge und Kleingeräte	1.280,19	925,34
Rechts- und Beratungskosten	667,98	3.078,74
Beteiligungsbericht	500,00	500,00
Erhaltene Skonti	-241,03	-206,06
Reparatur/Instandhaltung	170,36	85,75
Nebenkosten des Geldverkehrs	153,90	223,62
Schulung Software	0,00	583,10
Sonstiges	25,66	692,56
	<u>140.614,39</u>	<u>131.931,35</u>

Das vom Abschlussprüfer berechnete Honorar belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf 3.490,00 EURO. Enthalten waren nur Abschlussprüfungsleistungen.

(14) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Unter den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen wurden Zinsen für die Verzinsung des Girokontos erlöswirksam vereinnahmt.

(15) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Ausweis betrifft die Zinsaufwandskomponente aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung.

(16) Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen

Der im Vorjahr ausgewiesene Betrag entspricht einer Vorab-Ausschüttung, die aufgrund eines Beschlusses in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 30. November 2011 vorgenommen worden ist.

(17) Belegschaft

Im Wirtschaftsjahr 2012 sind durchschnittlich sieben (Vorjahr: acht) Mitarbeiter sowie vier geringfügig Beschäftigte (Vorjahr: drei) angestellt gewesen.

(18) Sonstiges

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB bestanden nicht.

Geschäfte mit nahestehenden Personen gemäß § 285 Nr. 21 HGB bestanden nicht, da dies bereits nach dem Anstaltszweck nicht möglich ist.

Vorstand der BMA ist Herr Heinrich Lork, Halle (Saale). Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Dem **Verwaltungsrat** der BMA gehörten im Wirtschaftsjahr 2012 an:

Frau Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) a. D.
Vorsitzende (bis 30.11.2012)

Herr Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)
Vorsitzender (seit 01.12.2012)

Herr Egbert Geier
Bürgermeister
Geschäftsbereich I
„Finanzen und Verwaltungsmanagement“ der
Stadt Halle (Saale)

Herr Bernhard Bönisch
Diplom-Mathematiker, Halle (Saale)

Frau Dr. Inés Brock
Psychologin, Halle (Saale)

Frau Katharina Hintz
Verwaltungswirtin, Halle (Saale)

Herr Gerry Kley
Dipl.-Biologe, Halle (Saale)

Herr Swen Knöchel
Dipl.-Finanzwirt, Halle (Saale)

Für die Mitglieder des Verwaltungsrates fiel in 2012 eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 7.590,00 EURO an.

(19) Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresgewinn von 54.549,73 EURO an die Gewährsträgerin zurückzuzahlen.

Halle (Saale), 25. Januar 2013

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Vorstand



Heinrich Lork

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), Halle (Saale)

Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2012

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte			Kennzahlen		
	Stand am 01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand am 31.12.2012 EUR	Stand am 01.01.2012 EUR	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr EUR	Zuschreibungen EUR	angesammelte Ab- schreibungen auf Abgänge EUR	Stand am 31.12.2012 EUR	Stand am 31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR	durchschnittlicher Abschreibungssatz ¹⁾ %	durchschnittlicher Restbuchwert ²⁾ %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	116.980,68	0,00	0,00	0,00	116.980,68	114.334,68	2.087,00	0,00	0,00	116.421,68	559,00	2.646,00	1,8%	0,5%
2. Geleistete Anzahlungen	9.672,46	0,00	9.672,46	0,00	0,00	9.672,46	0,00	0,00	9.672,46	0,00	0,00	0,00	-	-
	<u>126.653,14</u>	<u>0,00</u>	<u>9.672,46</u>	<u>0,00</u>	<u>116.980,68</u>	<u>124.007,14</u>	<u>2.087,00</u>	<u>0,00</u>	<u>9.672,46</u>	<u>116.421,68</u>	<u>559,00</u>	<u>2.646,00</u>		
II. Sachanlagen														
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	199.792,72	8.708,09	13.395,99	7.365,04	202.469,86	140.211,72	24.609,13	0,00	10.414,99	154.405,86	48.064,00	59.581,00	12,2%	23,7%
2. Geleistete Anzahlungen	7.365,04	1.289,96	0,00	-7.365,04	1.289,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.289,96	7.365,04	-	-
	<u>207.157,76</u>	<u>9.998,05</u>	<u>13.395,99</u>	<u>0,00</u>	<u>203.759,82</u>	<u>140.211,72</u>	<u>24.609,13</u>	<u>0,00</u>	<u>10.414,99</u>	<u>154.405,86</u>	<u>49.353,96</u>	<u>66.946,04</u>		
III. Finanzanlagen														
Wertpapiere des Anlagevermögens	89.959,00	4.226,00	0,00	0,00	94.185,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	94.185,00	89.959,00	-	-
	<u>423.769,90</u>	<u>14.224,05</u>	<u>23.068,45</u>	<u>0,00</u>	<u>414.925,50</u>	<u>264.218,86</u>	<u>26.696,13</u>	<u>0,00</u>	<u>20.087,45</u>	<u>270.827,54</u>	<u>144.097,96</u>	<u>159.551,04</u>		

¹⁾ Abschreibungen des Wirtschaftsjahres / Historische Anschaffungs- oder Herstellungskosten am Bilanzstichtag

²⁾ Restbuchwerte am Bilanzstichtag / Historische Anschaffungs- oder Herstellungskosten am Bilanzstichtag

LAGEBERICHT FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2012 GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2012 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2011 nach GO-LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011 **im Sinne von § 118 GO-LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2013 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2011 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2011 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum zweiten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der Regelungen nach § 118 GO-LSA soll das Interesse der BürgerInnen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

Verteilt wurde der Kurzbericht an rund 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Führungskräfte der Beteiligungen, sachkundige Einwohner sowie Beigeordnete und Amtsleiter.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz wird die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt.

Die Verifizierung der Bilanzansätze in Vorjahren zeigte, dass die **Entwicklung** der Wertansätze durch Veränderungen im Beteiligungsportfolio und durch strategische Entscheidungen beeinflusst wird. Im **Jahr 2011** blieben die Wertansätze im Saldo nahezu unverändert. Die strategische Steuerung der Beteiligungen wurde nicht geändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Informationsveranstaltungen zur Grundstruktur der Steuerung städtischer Beteiligungen

Informationsveranstaltungen zur Grundstruktur der Steuerung städtischer Beteiligungen wurden inhaltlich konzipiert und bei einigen Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bereits durchgeführt.

Der **Zweck** der Informationsveranstaltung besteht darin, den zeitnah in den städtischen Gremiendurchlauf einzubringenden Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) auf Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses strukturiert erörtern zu können. Die komplexen Wirkungszusammenhänge sollen losgelöst von den spröden juristischen Vorschriften des Kodexes erläutert werden.

Neben der Darstellung eines angemessenen Einflusses der Stadt sowie der Aufgaben und der Rolle der Akteure können auf Wunsch auch betriebswirtschaftliche Zusammenhänge besprochen werden.

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung wurden bereits im Vorjahr definiert. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich handelt es sich um eine Durchführungs-Verordnung zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale). Darin werden Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

6. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Einen **Zukunftsfonds** der Stadt Halle (Saale) hat die BMA initiiert, um weitere Effekte zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes erzielen zu können.

Letztlich geht es um die wirtschaftlichste Verwendung von Finanzmitteln aus der gesellschaftsrechtlichen Neustrukturierung der Stadtwerke-Gruppe (sogenannte VNG-Gelder).

Im Ergebnis umfangreicher und zeitintensiver Verhandlungen mit dem städtischen Beteiligungsmanagement ist das Landesverwaltungsamt dem Lösungsansatz der BMA zur wirtschaftlichsten Verwendung der Finanzmittel unter dem Titel „Zukunftsfonds Halle (Saale)“ weitestgehend gefolgt. **Finanzmittel von 39,5 Mio. €** sind für sechs Maßnahmen **frei gegeben** worden. Durch die vorzeitige Ablösung von Krediten wird die Finanzsituation des Konzerns Stadt Halle (Saale) entlastet. Energetische Sanierungen, der Abriss leer stehender städtischer Gebäude u. ä. Maßnahmen sollen zur Entspannung der Haushaltslage der Stadt beitragen.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Zukunftsfonds erfolgt im Konzern der Stadt sukzessive.

Mit dem „**Shared Service Projekt**“ hat die BMA einen weiteren Baustein zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes entwickelt. Synergie-Effekte im Konzern der Stadt Halle (Saale) sollen gehoben werden.

Prozesstreiber bei der Umsetzung der einzelnen Projekte ist ebenfalls die Kernverwaltung.

Die Erbringung von **Konsolidierungsbeiträgen** der Wohnungswirtschaft und der Stadtwerke-Gruppe für den städtischen Haushalt kontrolliert das städtische Beteiligungsmanagement auf Bitten der Stadt permanent.

Die **Mandatsbetreuung** erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch standardisierte Reports an und durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien.

Unter dem Titel „**Erfolgsfaktoren für die kommunale Wohnungswirtschaft**“ hat die BMA einen Vorschlag für die Umsteuerung der beiden städtischen Wohnungsunternehmen unterbreitet. In die Planungs-Entscheidungen der Aufsichtsräte der beiden städtischen Wohnungsunternehmen sind die Überlegungen eingeflossen.

Einen **Statusbericht** und einen **Ausblick** zu den **Finanzbeziehungen** des städtischen Haushaltes mit den kommunalen Beteiligungen hat die BMA in der Sitzung des Finanzausschusses am 10. Juli 2012 vorgetragen.

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Investitions- bzw. Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2012 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 821 TEUR in Höhe von 55 TEUR nicht verbraucht.

Nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindegewirtschaft aus § 90 Abs. 2 GO-LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, wurden Personal- und Sachkosten eingespart.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, der Rückstellungen und des Personalaufwandes wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2012 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2012 im Sinne von § 118 GO-LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2012 in Kurzform
- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Abgleich der Gesellschaftsverträge u. ä. mit dem Public Corporate Governance Kodex
- Optimierung des Layouts der Standard-Reports
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Im folgenden Wirtschaftsjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Ertragszuschüsse sollen an die Stadt Halle (Saale) zurückgezahlt werden.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 111/149/01948 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 12.11.2012 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG wiederum ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2015 nicht steuerpflichtig.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen rund 90 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit der BMA über Investitions- und Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale).

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden. Über eine anschließende individuelle Altersteilzeit ist er langfristig an die Stadt gebunden worden.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden acht (Vorjahr: sieben) Personen in Vollzeit beschäftigt. Dazu waren drei (Vorjahr: zwei) Personen geringfügig angestellt.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Zur **Reorganisation** der BMA ab dem Jahr 2013 hat der Verwaltungsrat ein neues Stellenbedarfskonzept und darauf aufbauend einen Personalplan beschlossen. Bezweckt werden insbesondere die Sicherung termingerechter Mandatsbetreuung durch Beseitigung von Kapazitätsengpässen, eine ausgewogene Zuordnung auf die Leistungsträger der Anstalt sowie Redundanzen bei unfreiwilligem Ausfall eines Belegschafts-Mitgliedes.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 9.55“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 18.0“ ein.

WEITERE INFORMATIONEN

RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN DER ANSTALT

Rechtliche Verhältnisse

Es gilt die Satzung vom 26. Mai 2004 in der Fassung vom 23. Juni 2010, die am 8. September 2010 öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Die BMA ist eine Einrichtung der Stadt Halle (Saale) in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen).

Sitz der Anstalt ist Halle (Saale).

Das Wirtschaftsjahr der Anstalt entspricht dem Kalenderjahr.

Das Stammkapital von 10.000,00 € ist am 02. Dezember 2004 von der Stadt Halle (Saale) vollständig eingezahlt worden.

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 118 Absatz 4 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Das Beteiligungsmanagement besteht aus der Beteiligungsverwaltung, -controlling und der Entwicklung strategischer Lösungsansätze im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio.

Es umfasst vor allem die Beratung des Verwaltungsrates - insbesondere der/des Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeisters - in strategischen, konzeptionellen und strukturellen Fragen, die im Zusammenhang mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Stadt Halle (Saale) stehen.

Die Anstalt führt die Gesellschafterakten über kommunale Unternehmen sowie überprüft die Einhaltung rechtlicher und organisatorischer Pflichten.

Die Erstellung eines jährlich fortzuschreibenden Beteiligungsberichts zählt ebenso zu den Aufgaben wie der Aufbau eines an kommunalpolitischen Zielsetzungen orientierten Systems des Finanz- und Zielcontrollings der Unternehmen. Daneben hat die Anstalt ein von den wichtigsten kommunalen Unternehmen regelmäßig zu erstellendes, vierteljährliches Berichtswesen aufzubauen.

Die Anstalt unterstützt und berät im Rahmen der geltenden Gesetze die durch die Stadt Halle (Saale) in Unternehmensgremien entsandten Mitglieder.

Die BMA kann für die Eigen- und Beteiligungsunternehmen der Stadt Beratungs- und Begutachtungsdienstleistungen erbringen, was der Verwaltungsrat jedoch zur Vermeidung von Interessenkonflikten für nicht geboten hält.

Gleiches gilt für die Einführung einer konsolidierungsfähigen Rechnungslegung in den kommunalen Unternehmen, was von der Kernverwaltung mit Einführung der Doppik zu steuern ist.

Darüber hinaus ist sie zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Anstaltszweck gefördert wird. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und sich an ihnen beteiligen.

Für den Stadtrat gibt der Vorstand u. a. Beschlussempfehlungen hinsichtlich der Änderung von Gesellschaftsverträgen und Satzungen kommunaler Unternehmen sowie der Errichtung, Übernahme, wesentlicher Erweiterung oder (teilweiser) Veräußerung von kommunalen Unternehmen.

Halle (Saale), 25. Januar 2013

BMA BeteiligungsManagementAnstalt
Halle (Saale)
Vorstand



Heinrich Lork

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), Halle (Saale)

für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 178 Abs. 1 GO LSA unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle, 25. Januar 2013



WIKOM AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Nitzsche-Lezoch

Wirtschaftsprüfer



Bötner

Wirtschaftsprüfer